Geschichte

Von den heutigen 103 Millionen BewohnerInnen Mexikos sind 30 % indigener Abstammung. Die Geschichte der indigenen Bevölkerung Mexikos ist seit der Eroberung durch die spanische Krone im Jahr 1521 von Ausbeutung und Ausgrenzung geprägt. Daher haben die Aufstände der indigenen Bevölkerung gegen die herrschenden Machtverhältnisse, die Entwicklung des Landes über die Jahrhunderte hinweg bis heute sehr geprägt.

Während der Diktatur von Porfirio Díaz (1876 bis 1911), dessen Ziel es war, Mexiko an den Lebensstandard Europas anzunähern, war die Ausbeutung und Mißachtung verarmter Bauern und Indigener besonders gravierend. Als Folge davon brach 1910 der als "Revolución Mexicana" bezeichnete und von Zapata und Villa angeführte 10-jährige Bürgerkrieg aus. 1928 wurde die Nationale Revolutionspartei ins Leben gerufen. Unter ihrem späteren Namen PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) regierte sie Mexiko mehr als 70 Jahren. Die von ihr gestellten Regierungen bis 1934 waren gekennzeichnet durch Autoritarismus und Mißachtung der Belange der unteren Schichten. Erst Präsident Lázaro Cárdenas widmete sich den Problemen der Bauern und der Arbeiterklasse. So verteilte er zwischen 1934 und 1940 20 Millionen Hektar Land an 750 000 Familien. Das Gewerkschaftswesen wurde zunächst unterstützt, die Confederación Nacional Campesina als staatliche Anlaufstelle für Bauern gegründet; beide wandelten sich jedoch in der Folgezeit zu einem parteilichen Kontrollapparat. Mexiko erlebte ab den 40er Jahren und bis Ende der 70er Jahre durch die Erdölvermarktung einen Wirtschaftsaufschwung mit einhergehender Industrialisierung und Urbanisierung. Hohe Ausgaben ließen jedoch gleichzeitig die Staatsverschuldung anwachsen, die später durch den Verfall der Erdölpreise nicht mehr getilgt werden konnte. Den hierdurch ausgelösten periodischen Wirtschaftskrisen konnten die bis dahin vernachlässigten anderen Wirtschaftssektoren nichts mehr entgegensetzen. Soziale Bewegungen wurden vom politischen System unter Kontrolle gehalten. Mit nationalistischen Parolen und subtilen Einschüchterungen wurden Arbeiter und Bauern gezwungen, den zu korrupten Institutionen verkommenen Regierungsgewerkschaften beizutreten.

1982 reagierte die Regierung auf die Insolvenz der Wirtschaft mit der Verstaatlichung der Banken. Ab 1988 wandelte sich diese Politik zur sogenannten "Weltmarktintegration", d.h. unkontrollierte wirtschaftliche Öffnung für ausländisches Kapital, Privatisierung maroder Staatsunternehmen sowie eine Agrarreform, die die Privatisierung des Landbesitzes zur Folge hatte. Letzteres traf zum einen die indianische Bevölkerung, der somit ihre tradierte Lebensweise genommen wurde, zum anderen die zu Genossenschaften zusammengeschlossenen Kleinbauern. Zusätzlich bemühte sich die Regierung um Wirtschaftsabkommen und -bündnisse mit anderen Ländern (z.B. NAFTA mit den U.S.A. und Kanada, 1994; Wirtschaftsabkommen mit der Europäischen Union 1997; Beitritt zur OECD in April 1994).

Dieser Eintritt in die "Weltwirtschaft" wurde vom Aufstand des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheers EZLN begleitet, dessen Mitglieder meist Indigene des südlichen Bundesstaates Chiapas sind, und die seither für bessere Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung sowie für die Anerkennung ihrer Rechte und Kultur eintreten. Angesichts des Bürgerkriegs im Lande setzte die amtierende Regierung eine Reformpolitik auf. 1997 verlor die PRI erstmals ihre Mehrheit im Parlament. Gleichzeitig begann eine Politik der "Doppelzüngigkeit" auch gegenüber dem Konflikt in Chiapas: einerseits das Angebot, sich an einen Verhandlungstisch zu setzen, andererseits Unterstützung und militärische Ausbildung paramilitärischer Einheiten. Folter war in Mexiko schon immer eine gängige Praxis bei polizeilichen Verhören und wird auch von der Armee in ihrem Kampf gegen Aufständische angewandt. Mexikanische Gerichte akzeptieren nach wie vor unter Folter erzwungene Geständnisse und Aussagen als Beweismittel. In der Regel gehen Täter und Verantwortliche dieser schwersten Menschenrechtsverletzungen straflos aus. Ein Hauptgrund für die weiterhin bestehende Gewalt in Chiapas ist zweifellos, daß die mexikanische Regierung sich nach wie vor weigert, das im Februar 1996 mit der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) ausgehandelte "Abkommen über die Rechte und die Kultur der Indígenas" (Abkommen von San Andrés Larraínzar) gesetzlich umzusetzen. Statt dessen hat die mexikanische Bundesarmee ihre Einheiten im Laufe der letzten Jahre nicht nur in Chiapas, sondern auch in anderen Bundesstaaten wie Guerrero und Oaxaca massiv verstärkt, da sich andere aufständische Bewegungen ankündigten.

Erst nach den Wahlen im Juli 2000 musste die PRI schließlich die Regierungsmacht abgeben. Viele WählerInnen machten am Wahltag deutlich, dass sie in erster Linie der Herrschaft der PRI ein Ende setzen wollten. Das Wahlergebnis fiel zu Gunsten des Kandidaten der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN), Vicente Fox aus, dem es gelang, 43 % der Stimmen auf sich zu vereinen. Die Regierungen der PAN haben sich kaum von ihre Vorgänger der PRI unterscheidet. Korruption, Amtsmissbrauch, massive Menschenrechtsverletzungen, sind weiterhin Merkmale der Politik in Mexiko.

Viele Menschen sind überzeugt, dass die Wahlen von 2006 unter Betrug und Intransparenz stattgefunden haben, was dazu führt, dass eine weitere Bevölkerungsgruppe dem aktuelle Präsident Felipe Calderón nicht die notwendige Legitimität zuspricht sein Amt vertrauenswürdig auszuüben. Ein weiteres Problem für die aktuelle Regierung stellt der sogenannte „Narco Guerra“ wo das Militär zur

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45
Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM
www.oeku-buero.de

Bekämpfung der Drogenhandel eingesetzt wird. Zunemend werden Angehörige von Heeres und Marine in Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Zugenommen hat auch die Kriminalisierung der sozialen Proteste, immer mehr AktivistInnen werden zu unangemessenen Strafen verurteilt.

Zurück

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45
Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM
www.oeku-buero.de